



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 11. Januar 2024
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 42. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 10. Januar 2024, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. a) **Bericht der Landesregierung zum Polizeieinsatz am Fährhafen Schlüttsiel am 4. Januar 2024**
Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)
[Umdruck 20/2458](#)
- b) **Bericht der Landesregierung zum Übergriff auf Bundeswirtschaftsminister Dr. Habeck und seine Familie in Schlüttsiel am 4. Januar 2024, zur Darstellung der Planung der Landespolizei betreffend den Umgang mit den Protesten der Landwirte im Zeitraum vom 8. bis 15. Januar 2024 sowie zu Verbindungen zwischen den Protesten und rechtsextremistischen beziehungsweise verfassungsfeindlichen Akteuren**
Berichts Antrag des Abgeordneten Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 20/2463](#)
- c) **Lagebericht der Landesregierung zu den von Bauernverbänden organisierten landesweiten Protestaktionen am 8. Januar 2024**
Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)
[Umdruck 20/2481](#)

Landesregierung und Staatsanwaltschaft Flensburg berichten, eine umfangreiche Aussprache folgt.
2. **Bericht der Landesregierung zur möglichen Sabotage der LNG-Pipeline Brunsbüttel–Hetlingen und dem aktuellen Stand des Ermittlungsverfahrens**
Berichts Antrag der Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD) und Marc Timmer (SPD)
[Umdruck 20/2459](#)

Das Justizministerium berichtet kurz.
3. **Bericht zur Entwicklung der aktuellen Lage bezüglich der Fluchtbewegung in Schleswig-Holstein**
Angebot der Landesregierung
[Umdruck 20/2440](#)

An den Bericht der Integrationsministerin schließt sich eine Aussprache an.

4. Bericht der Landesregierung zum Abschiebeversuch zweier Afghanen im Kirchenasyl am 20. Dezember 2023 in Schwerin

Berichts Antrag der Abgeordneten Serpil Midyatli (SPD)

[Umdruck 20/2451](#)

Integrationsministerin und ein Vertreter der Landeshauptstadt Kiel berichten. Eine Aussprache schließt sich an.

5. Bericht zum Vorantreiben der Modernisierung der Landespolizei Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/1044](#)

Ein Vertreter der Polizeiabteilung des Innenministeriums berichtet kurz zu neueren Entwicklungen. Ein Fachgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Polizeigewerkschaften schließt sich an.

6. Entwurf eines Gesetzes über Auskunftspflichten der berufsständischen Versorgungseinrichtungen

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/1355](#)

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

7. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend die Erstellung der Antwort der Landesregierung – Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung – vom 20. Oktober 2023 ([Drucksache 20/1498](#)) auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP) zu den Gründen der Entlassung der für Integration und Gleichstellung zuständigen Staatssekretärin Marjam Samadzade

Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)

[Umdruck 20/2264](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Inhalte der nachgelieferten Akten vertraulich und geheim zu halten sowie die Fertigung von Abschriften und Kopien auszuschließen. Mehrere Mitglieder des Ausschusses mahnen eine vollständige Aktenvorlage an; die bislang gelieferten Akten seien erkennbar nicht vollständig.

8. Entscheidung über die Zulässigkeit der Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid“

Schreiben der Landtagspräsidentin vom 22. Dezember 2023

[Umdruck 20/2448](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, festzustellen, dass das nach Artikel 48 Absatz 1 Satz 3 der Verfassung erforderliche Quorum für die Volksinitiative erreicht ist, sie sich auf einen zulässigen Gegenstand bezieht und somit zulässig ist.

9. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/2428](#) – Beschlüsse der 36. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

[Unterrichtung 20/126](#) – Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz in den Kommunen (Landeshinweisgeberschutzgesetz – LHinSchG) („Formulierungshilfe“)

[Unterrichtung 20/128](#) – Entwurf der Landesverordnung über die Bestimmung der Gebiete mit abgesenkter Kappungsgrenze nach § 558 Absatz 3 Satz 2 BGB

[Unterrichtung 20/129](#) – Änderung des Medienstaatsvertrages in Form eines Fünften Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag – 5. MÄStV)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Schluss: 19:30 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka